

22/SN-221/ME

Amt der o.ö. Landesregierung

Verf (Präs) - 300161/5 - Neu

Linz, am 2. April 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Förderung
der Kunst aus Bundesmitteln (Bun-
des-Kunstförderungsgesetz);
Entwurf - Stellungnahme

An das

Präsidium des Nationalrates

Dr. Karl Renner-Ring 3
1017 W i e n

21	6	GE/2
Datum:	8. APR. 1986	
Verteilt	9. APR. 1986	

A. Bauer

In der Beilage werden 25 Mehrabdrucke der h. Stellungnahme
zu dem vom Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Sport
versandten Gesetzentwurf übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

25 Beilagen

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Handwritten signature]

Amt der o.ö. LandesregierungVerf(Präs) - 300161/5 - Neu

Linz, am 2. April 1986

DVR.0069264

Bundesgesetz über die Förderung
der Kunst aus Bundesmitteln (Bun-
des-Kunstförderungsgesetz);
Entwurf - Stellungnahme

Zu 12.935/1-III/9/86 vom 6.2.1986

An das

Bundesministerium für
Unterricht, Kunst und Sport

Minoritenplatz 5
1014 W i e n

(zweifach)

Das Amt der o.ö. Landesregierung beehrt sich, zu dem mit der
do. Note vom 6. Februar 1986 versandten Gesetzentwurf wie
folgt Stellung zu nehmen:

Zu § 2 Abs. 2:

Diese Bestimmung normiert als Voraussetzung für eine Förde-
rung, daß die Leistungen oder das Vorhaben von "überregio-
nalem Interesse" sein müssen. Dieser unbestimmte Gesetzesbe-
griff erfährt nach h. Meinung auch durch den zweiten Satz
keine im Hinblick auf das - wie sich auch aus den Beispielen
in den Erläuterungen ergibt - Legalitätsgebot hinreichende
Determinierung und überläßt es letztlich der willkürlichen
Entscheidung des Förderungsgebers, ob die Voraussetzungen
für eine Förderung vorliegen. Die Regelung sollte daher ent-
fallen oder eindeutig determiniert werden.

Zu § 7:

Es scheint kein Grund ersichtlich, die Gebietskörperschaften
von der Möglichkeit einer Förderung mit Bundesmitteln auszu-

- 2 -

nehmen, da es sich bei der vorgesehenen Förderung - entgegen den Ausführungen in den Erläuterungen auf Seite 5 - nicht um eine Verteilung von Abgabenerträgen oder um Finanzzuweisungen handelt.

Außerdem scheinen im Sinne des Art. 104 Abs. 2 B-VG die Landeshauptmänner in erster Linie für die Besorgung von Aufgaben der Privatwirtschaftsverwaltung des Bundes in dessen Auftrag prädestiniert.

25 Mehrabdrucke dieser Stellungnahme werden u.e. dem Präsidium des Nationalrates übermittelt.

Für die o.ö. Landesregierung:
Im Auftrag

Dr. G a i s b a u e r

- - -